

# Im Überblick ...

## Zusammengestellt von Uwe Pinno

### Situation in den Chittagong Hill Tracks verschärft

Am 2. Dezember kam es in den *Chittagong Hill Tracks* (CHT) erneut zu heftigen Unruhen. Im Zuge einer Protestaktion der ethnischen Minderheiten blockierten Anhänger der *Parbatya Chattagram Jana Sanghati Samity* (PCJSS) alle Zufahrtswege zu insgesamt drei Distrikten. Ein 36-jähriger Anhänger der *United People's Democratic Front* (UPDF) - Gegner des Friedensabkommens in den CHT - wurde vor dem Parteibüro erschossen. Zwei weitere Personen wurden schwer verletzt. Die Täter, angeblich Mitglieder der PCJSS, die sich für die Umsetzung des Friedensvertrags einsetzen, steckten vor ihrer Flucht das Büro der UPDF in Brand. Der ehemalige Rebellenführer und jetzige Präsident der PCJSS, Shantu Larma, erklärte, daß die Protestaktionen noch weiter verschärft würden, falls die Regierung nicht auf die Forderungen eingeht. Kernpunkt des Forderungskatalogs

ist dabei der Abbau der Streitkräfte in den Stammesgebieten und die politische Stärkung der Stammesvertretung. Die Sicherheitskräfte seien dort mittlerweile so stark präsent, daß man von einer militärischen Besetzung sprechen könne. Diese unterstütze aber fast ausschließlich die Interessen der bengalischen Siedler und deren Übergriffe auf die indigene Bevölkerung, so der Vorwurf der Protestbewegung an die Adresse der Regierung.

Wie Frauenrechtler von drei NGOs bereits eine Woche zuvor auf einer Pressekonzferenz betonten, sind auch bei den bisher schwersten Übergriffe mit Brandschatzung von über 100 Häusern, Mord und Vergewaltigungen (SÜDASIEN berichtet) keine Festnahmen erfolgt. Die zur Hilfe gerufenen Sicherheitskräfte hatten stundenlang nicht reagiert. Larma warf der Regierung vor, mit ihrer Politik

die Siedler zu weiteren Übergriffen zu ermuntern. Keine der bisherigen Regierungen nach Abschluß des Friedensabkommens 1997, weder die *Awami League* noch die BNP-Koalition oder die Übergangsregierung, hätten den politischen Willen zur Umsetzung des Friedens gezeigt. Schlüsselforderungen des damaligen Abkommens seien bis heute nicht erfüllt.

Mittlerweile scheinen sich die Widerstandskämpfer wieder stärker im Untergrund zu formieren. Am 24. November entdeckte die Armee das bisher umfangreichste Waffenlager der Rebellen, das mit Raketenwerfern, Maschinenpistolen und AK-47-Gewehren bestückt war. Die Armee kündigte daraufhin noch stärkere Kontrollen und weitere Razzien an, um die „Terroristen“ zu jagen. Die Regierung reagierte bisher nicht auf die Proteste der unterdrückten Bevölkerung in den CHT.

### Neues Buch von Taslima Nasrin verboten

Auch das neue Buch „Ka“ der im Ausland lebenden Schriftstellerin Taslima Nasrin ist in Bangladesh verboten worden. Am 12. November folgte die Staatsanwaltschaft einer entsprechenden Klage des Schriftstellers Shamsul Haque, der Nasrin beschuldigt, in ihrem angeblich autobiographischen Buch andere Schriftsteller und ihn selbst auf „widerwärtigste Weise“ zu verunglimpfen. Zudem verurteilte das Gericht Nasrin zur Zahlung einer hohen Geldstrafe wegen Rufmordes, die aber kaum durchsetzbar sein dürfte, da sich Nasrin nicht in Bangladesh auf-

hält. Auch in Indien beschäftigt das jüngste Werk aus der Feder Taslima Nasrins die Justiz: Der Schriftsteller Hasmat Jalal prozessiert wegen angeblichen Rufmordes gegen seine Kollegin und fordert von ihr Schadenersatz in Höhe von zwei Millionen Dollar. In ihrem Buch seien „frei erfundene sexuelle Phantasien“ im Zusammenhang mit ihm und anderen namhaften Literaten beschrieben, begründete der Dichter seine Klage.

Taslima Nasrin selbst bezeichnet derartige Anschuldigungen als „politisch motiviert“.

Bekannt geworden war die literarisch eher mittelmäßige Autorin durch einen Mordaufruf von Islamisten im Zusammenhang mit ihrem Buch „Scham“. Kritiker warfen ihr bewußte Provokation vor, um international Karriere zu machen, während ihre Anhänger sie als mutige und verfolgte Künstlerin verehren. Nachgewiesen ist zumindest ihr unkritischer Umgang mit dubiosen Informationsquellen, während die von ihr aufgegriffenen Themen durchaus berechtigte Kritik an gesellschaftlichen Mißständen darstellen.

## ... Im Überblick ...

### Wieder Korruptionsweltmeister

Laut dem im Oktober 2003 von *Transparency International* herausgegebenen Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) wiederholte Bangladesh zum dritten Mal in Folge den traurigen Rekord des letzten Platzes und ist somit von den 133 erfaßten Nationen das Land mit der höchsten Korruptionsrate. Von maximal zehn möglichen Punkten (für die Einschätzung: „keine Korruption“) erreichte Bangladesh 1,3 Punkte, knapp hinter Nigeria mit 1,4 Punkten. 2001 war Bangladesh mit 0,4 Punkten und 2002 mit 1,2 Punkten bewertet worden. Auch diesmal war das Echo in der Öffentlichkeit recht gering. In einigen Zeitungen war sogar Kritik an der Erhebungsmethode der internationalen unabhängigen Organisation zu lesen, die aber völlig haltlos war. Dieses Jahr flossen 17 Studien von 13 unabhängigen Organisationen in die Wertung ein, darunter Analysen des Weltwirtschaftsforums, der Weltbank, der *Economic Intelligence Unit* und des *World Markets Research Centre*.

Ein Hauptproblembereich bildet nach wie vor die Korruption im Polizeiapparat. Am 5. November wurde hierzu eine gemeinsam mit der Regierung und der UNO erarbeitete Studie vorgestellt.

Rowan Barnsley, der Verfasser dieser Studie, betonte gegenüber dem britischen Rundfunksender BBC die Notwendigkeit einer institutionellen Stärkung, besseren Organisation und Schulung der Polizei in Bangladesh. Auch seien Beförderungen vielfach unverständlich und nicht transparent.

Im juristischen Bereich erregte in jüngster Zeit besonders der Fall um den BNP-Parlamentarier Nasiruddin Ahmed Pintu die Öffentlichkeit. Der bereits im Februar 2003 der Erpressung angeklagte Politiker befindet sich nach wie vor auf freiem Fuß. Obwohl er an 23 aufeinanderfolgenden Gerichtsterminen nicht erschienen war, stellten die Richter keinen Haftbefehl gegen ihn aus.

Auf dem Gebiet der Politik stellten parlamentarische Ausschüsse Anfang November ihre Ergebnisse vor. Demnach sind 20 der 39 Ministerien von Unregelmäßigkeiten, Korruption und Mißwirtschaft betroffen, darunter drei, die direkt der Premierministerin unterstehen. Überraschend dabei ist, daß diese Ausschüsse von Mitgliedern der BNP dominiert sind; zuvor waren sie gerade deshalb in die Kritik geraten, weil man befürchtete, daß

sie kaum ihre eigene Regierungsmannschaft angreifen würden.

Bereits im Oktober verfaßte die Weltbank einen Bericht über Korruption und Mißwirtschaft innerhalb der Institutionen der Öffentlichen Hand und erarbeitete zusammen mit Regierungsvertretern Reformpläne. Die Korruption bremsst das jährliche Wirtschaftswachstum um schätzungsweise zwei bis drei Prozentpunkte.

Skandalös sind auch die Korruptionsvorwürfe an die Adresse des Gesundheitswesens. So sind in jüngster Zeit mehrere Krankenhäuser in die Kritik geraten. Ein Beispiel ist der *Nalitabari Upazila Health Complex* in Sherpur: *Transparency International* berichtet, daß hier selbst schwangere Frauen Bestechungsgelder für die Geburtsversorgung zahlen müssen. Patienten, die keine Bestechungsgelder an die Ärzte zahlen könnten, bekämen kaum eine angemessene Behandlung. Selbst Urintests würden ohne Zahlung von Schmiergeldern kaum durchgeführt. Auch der illegale Verkauf von Medizin durch Krankenhausangehörige sei hier an der Tagesordnung, ebenso wie das Ausstellen ärztlicher Bescheinigungen ohne tatsächlichen Befund gegen Geld.

### Regierung bittet Opposition zum Gespräch

Am 2. Dezember erneuerte die BNP offiziell ihre Einladung zu Gesprächen mit der *Awami League*. So wandte sich BNP-Generalsekretär Abdul M. Bhuiyan in einem formellen Schreiben an den stellvertretenden Leiter der AL, Abdul Hamid, mit den Worten: „Wir möchten einen Konsens mit ihrer Partei bezüglich der großen nationalen Themen erreichen

und sind, wenn nötig, zu tagelangen Gesprächen bereit“, zitierte die Tageszeitung *The Daily Star*. Bhuiyan reagierte zunächst verhalten und warf der Regierungskoalition vor, die Redefreiheit im Parlament einzuschränken - ironischerweise das selbe Argument, das die BNP während der AL-Regierungszeit für ihr Fernbleiben vom Parlament benutzt hatte. Das An-

gebot kam einen Tag nach der ersten gemeinsamen Aktion der beiden großen Parteien, bei der Parlamentarier sich mit Aidskranken zu Gesprächen trafen. Die beiden Parteivorsitzenden und großen Kontrahenten Zia und Hasina blieben diesem Treffen allerdings fern.

## ... Im Überblick

### Neue Bildungsstudie vorgelegt

Ende November erschienen die neuen offiziellen Statistiken zur Bildungssituation im Land. Die nationale Studie zeigt auf, daß nur 5,3 Prozent der Bevölkerung über einen höheren Schulabschluß verfügt. Knapp die Hälfte der Bevölkerung - 45,6 Prozent - besuchte die Schule bis zur fünften Klasse. Die Analphabetenrate sank gegenüber 2001 von 57,5 Prozent auf 47,9 Prozent. Eine

weitere Statistik erfaßt die Erwerbstätigkeit von Kindern, die zur Schule gehen. Demnach gehen von den derzeit 33,3 Millionen Schulkindern in Bangladesh 8,3 Millionen einer Erwerbstätigkeit nach. Bei den Kindern im Alter von zehn bis 14 Jahren entspricht dies einer Rate von 38,6 Prozent. Die Seriosität derartiger Statistiken muß allerdings in einem Land mit hoher Korruptionsrate und starker Poli-

tisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen mit äußerster Vorsicht beurteilt werden. Nicht zuletzt deswegen, weil einer der Hauptschwerpunkte des Regierungsprogramms im Ausbau des Bildungsektors mit Fokus auf die Förderung von Mädchen- und Frauenbildung liegt. Es bleibt deshalb abzuwarten, wie die Einschätzungen unabhängiger NGOs ausfallen.

### Angriff auf Ahmadiyya

Am 21. November kam es in der Nähe einer *Qadiani*-Moschee in Nakhlapara zu heftigen Zusammenstößen zwischen Anti-*Abmadiyya*-Demonstranten und der Polizei. Angeführt von Aktivisten des *Islamic Constitutional Movement* versuchten rund 500 Demonstranten die Moschee zu stürmen, um sie von „Nicht-Muslimen zu befreien“, wie sie skandierten. Einsatzkräfte der Polizei stoppten die wütende Menge, die daraufhin die Sicherheitskräfte angriff und zwei Polizeimotorräder in Brand steckte. Insgesamt gab es bei dem Zusammenstoß 50 Verletzte, darunter 18 Polizeibeamte. Die Demonstranten forderten von der Regierung, die *Abmadiyya* offiziell zu „*kafir*“ zu erklären und aus sämtlichen islamischen Organisationen auszuschließen. Der koranische Ausdruck „*kafir*“ bedeutet nicht nur „Nicht-Muslim“, sondern bezeichnet Menschen, die trotz besseren Wissens die Wahrheit

über Gott bewußt verdrehen. Mit diesen wird im Koran hart ins Gericht gegangen. Die Führer der Protestaktionen kündigten weitere Proteste an, bis ihre Forderungen erfüllt seien. Ein Sprecher der *Qadiani* äußerte sich gegenüber der Tageszeitung *The Independent*, daß diese Leute durchaus Rückhalt bei einigen Politikern hätten.

Die *Abmadiyya* glauben, daß der 1908 gestorbene Hazrat Mirza Ghulam Ahmad der Imam Mahdi und der von Juden und Christen erwartete Messias sei. Jesus sei auch nicht am Kreuz umgekommen, wie auch der Koran nahelegt, sondern sei hochbetagt in Kashmir gestorben. Zudem lehnt diese Religionsgruppe eine gewaltbereite Auslegung und Anwendung von bestimmten im Koran festgelegten Strafen grundsätzlich ab. Problematisch für Muslime sind auch Übersetzungen des Korans durch die *Abmadiyya*, der nach

muslimischem Glauben als „Wort Gottes“ nicht aus der arabischen Originalsprache ohne die Gefahr unzulässiger Interpretationen übersetzt werden kann. 1914 kam es zur Spaltung der *Abmadiyya* in die „*Labore*“- und „*Qadiani*“-Gruppe“. Während für die erstere Ahmad nur Reformator des Islam ist, glauben letztere an das Prophetentum Ahmads. Obwohl theologisch von diesen begründbar, steht dies im Widerspruch zum islamischen Konsens, daß Mohammed der letzte, das „Siegel der Propheten“ sei. In den 50er Jahren richtete die pakistanische *Jamaat-i Islami* in Pakistan unter den *Abmadiyya*, die dort bereits ganz offiziell als „*kafir*“ gelten, ein Blutbad an.

In Bangladesh leben schätzungsweise 200.000 Anhänger der *Abmadiyya*-Glaubensgemeinschaft. Die größte Gruppe stellt dabei die *Qadiani*.